
FRAKTIONSBSCHLUSS VOM 18.10.2016

» RADIKALISIERUNG VERHINDERN – PRÄVENTION GEGEN GEWALTBEREITEN ISLAMISMUS



Die Bedrohungslage durch islamistisch motivierte Terroranschläge sorgt für Verunsicherung in der Bevölkerung. Dem muss die Sicherheitspolitik mit zielgenauen Maßnahmen begegnen, die Defizite abstellen, Sicherheit effektiv erhöhen und neues begründetes Vertrauen für die Bürgerinnen und Bürger schaffen. Hierbei setzt die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen auf einen **starken demokratischen Rechtsstaat** und auf die Stärkung von guter und solider Polizeiarbeit – für die Analyse von Bedrohungslagen, für die Gefahrenabwehr und die Verfolgung von Straftaten.¹

Darüber hinaus brauchen wir in Deutschland eine wirkungsvolle **Prävention von Radikalisierung**. Sie ist ein wesentliches Instrument, um Gefahren für ein friedliches Zusammenleben in einer offenen Gesellschaft und Bedrohungen für die innere Sicherheit entgegenzuwirken. Wir müssen alles unternehmen, damit junge Menschen nicht in menschenverachtende, Gewalt propagierende Ideologien abgleiten, seien sie islamistisch oder rechtsextremistisch. Es gilt, Gefahren früh zu erkennen und Gewaltkarrieren zu verhindern, anstatt ständig neue Gesetzesverschärfungen zu fordern. Wie alle Instrumente wird Prävention nicht in jedem Fall greifen, denn „einsame Wölfe“ werden nicht immer zu erkennen sein. Aber erfolgreiche Prävention kann, was keine Technik, keine Kamera dieser Welt vermag: Demokratie stärken und Straftaten im Vorfeld verhindern.

Mit einer **Präventionsstrategie für Deutschland** wollen wir Radikalisierungen hin zu menschenverachtenden Ideologien und Gewalt dort bekämpfen, wo sie entstehen. Die Präventionsanstrengungen müssen massiv ausgebaut und zivilgesellschaftliche Ansätze gestärkt werden. Die verschiedenen Fachressorts, Behörden und die Zivilgesellschaft sollten sich in ihren jeweiligen Aufgaben ergänzen und auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Zu einer umfassenden Präventionsstrategie gehört auch, bereits radikalisierte Menschen in die Gesellschaft zurückzuholen.

Die Bundesregierung hat die Entwicklung einer Präventionsstrategie viel zu lange vor sich hergeschoben und einseitig immer nur auf schärfere Sicherheitsgesetze gesetzt. Inzwischen hat sie ein Papier vorgelegt, in dem bestehende Programme aufgezählt werden, aber weder eine systematische Problemanalyse, geschweige denn ein umfassendes Präventionsverständnis zu finden sind. Die Analyse **individueller und gesellschaftlicher Ursachen für Radikalisierungsprozesse**, die zu Gewaltbereitschaft führen, muss Hand in Hand gehen, um wirksame Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Nur wer individuelle Ursachen sieht, kann bereits Radikalisierte wieder zurückholen. Und nur wenn zusätzlich gesellschaftliche Ursachen erkannt, benannt und verändert werden, kann Radikalisierung bestmöglich verhindert werden. Nichtsdestotrotz ist eine hundertprozentige Erfolgsquote nicht erreichbar.

In diesem Positionspapier legt die grüne Bundestagsfraktion den **Fokus auf gewaltbereiten Islamismus**, um Überlegungen möglichst stringent anhand eines Phänomens zu entwickeln. Gleichwohl muss darauf geachtet werden, dass die notwendigen Präventionsmaßnahmen gegen gewaltbereiten Islamismus nicht dazu führen, dass Aufmerksamkeit und öffentliche Mittel von der Arbeit gegen Rechtsextremismus abgezogen werden. Zur nachhaltigen Finanzierung von

¹ siehe hierzu auch Fraktionsbeschluss vom 10.5.2016 » MEHR SICHERHEIT DURCH RECHTSSTAATLICHKEIT – ECKPUNKTE ZUR INNEREN SICHERHEIT

Strukturprojekten fordern wir im Bereich Rechtsextremismusprävention seit langem eine bundesgesetzliche Grundlage. Eine bundesgesetzliche Regelung zur Demokratieförderung, die verschiedene Phänomenbereiche berücksichtigt, ist notwendig, um eine solide Grundlage für ganzheitliche Präventionsstrategien zu schaffen.

Eine Präventionsstrategie kann nur dann **effektiv** und **nachhaltig** sein, wenn sie **glaubwürdig** ist. Sie gehört eingebettet in ein gesellschaftliches Klima der Offenheit, Transparenz und des Respekts. Wir führen dabei gleichzeitig eine kritische und selbstbewusste Auseinandersetzung mit Auslegungen des Islams, z.B. mit Geschlechterrollenbilder, Sexualitätsregulierungen oder Überlegenheitsvorstellungen, die nicht mit dem Wertefundament unserer Gesellschaft vereinbar sind. Diesen kritischen Dialog haben wir mit den christlichen Kirchen auch stets geführt. Permanente undifferenzierte Misstrauens- und Ausgrenzungsdebatten gegenüber Menschen muslimischen Glaubens jedoch sind Gift für eine erfolgreiche Präventionsarbeit. Sie führen letztlich auch zu weniger Sicherheit.

1. Radikalisierungsursachen erkennen

Radikalisierungsprozessen sind unterschiedlich: meist treffen negative Erlebnisse in der Kindheit bzw. Familie, Diskriminierungs- oder Ausgrenzungserfahrungen und Identitätskonflikte auf Ideologien bzw. Gruppen, die einfache Antworten, Orientierung und Geborgenheit, und bedeutungsvolle oder gar heldenhafte Existenz versprechen. Radikalisierung bedeutet Intoleranz. Aus der Logik der eigenen Überlegenheit führt Radikalisierung zu Demokratiedistanz bis hin zur **Demokratiefeindlichkeit**. Man versteht sich als **gesellschaftliche Gegenbewegung** mit absolutem Wahrheitsanspruch.

Gewaltbereiter Islamismus ist international **kein neues Phänomen**. Viele der jüngsten islamistisch motivierten Anschläge in Europa haben erneut deutlich gemacht, dass der Terror nicht in erster Linie nur ein Import aus entlegenen Weltregionen ist, sondern seine Wurzeln auch inmitten unserer Gesellschaft hat. Die Bildung regionaler islamistischer Netzwerke mit global-ideologischem Überbau wurde u.a. in Frankreich, Belgien oder Deutschland betrieben, von Franzosen, Belgiern und Deutschen. Die Anschläge in Paris und Brüssel wurden also verübt von Menschen, die hier geboren worden sind. Bekämpfung des Terrorismus muss also dort ansetzen, wo Radikalisierung entsteht, also auch in unserer Gesellschaft.

Untersuchungen zeigen, dass sich das Tempo der Radikalisierung, die Art der Anwerbung und die Motivation junger Menschen in den letzten Jahren verändert haben. Die Bedeutung der Internetpropaganda und die Rolle sozialer Medien werden bei der Radikalisierung immer wichtiger. Aber auch bestimmte Moscheen spielen für die Radikalisierung von Islamisten in Deutschland weiterhin eine wichtige Rolle. Gewaltbereiter Islamismus spricht nicht nur muslimische Jugendliche an, sondern entwickelt sich zu einer radikalen Jugendsubkultur, die für Jugendliche aller sozialen Schichten und aller religiösen, nationalen oder kulturellen Herkunft attraktiv ist.

Die Frage, welche Rolle der Islam als Religion für Personen spielt, die radikale Gewalt im Namen des Islam anwenden, ist umstritten. Vielfach ist die theologische Bildung islamistischer Prediger sehr gering, sodass eher von einer ideologischen Inanspruchnahme bestimmter Glaubenssätze für machtpolitische Zwecke zu sprechen ist. Dennoch enthält auch der gewaltbereite Islamismus religiöse Komponenten. Insofern ist klar zu unterscheiden zwischen

- gewaltbereiten Formen des Islamismus, die mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden müssen;
- gewaltlosen Formen des Islamismus, die von der Religionsausübungsfreiheit umfasst sind, solange sie gewaltlos bleiben und nicht in die Rechte der Menschen eingreifen. Nichtsdestotrotz widerspricht das vom Islamismus geprägte Menschen- und Weltbild unserem Verständnis eines

friedlichen Zusammenlebens aller Menschen, so dass wir hier eine gesellschaftspolitische Auseinandersetzung für unsere Werte der Freiheit und Selbstbestimmung führen.

- der Religionsausübung aller anderen in Deutschland lebenden Musliminnen und Muslime, die einer nicht-extremistischen Form „des Islams“ anhängen. Sie können wertvolle PartnerInnen in der Bekämpfung des (gewaltbereiten) Islamismus sein, wenn sie alltäglich zeigen, wie muslimische Glaubensüberzeugungen mit einer demokratischen Gesellschaft und unserem Verständnis von Menschenrechten in Einklang gebracht werden können. Hier gilt es die Vielfalt der unterschiedlichen Strömungen wahrzunehmen.

Radikalisierung ist ein individueller Prozess, verschiedene Ursachen greifen ineinander und kommen in unterschiedlicher Gewichtung zusammen. Nicht immer trifft alles zu. Eine Reihe junger Menschen, die sich für den Dschihad begeistern, kommt aus „geordneten“ bis gut situierten Verhältnissen. Beachtlich ist auch die Zahl deutscher Konvertiten. Und genauso wenig führt die Zugehörigkeit zu einer „Risikogruppe“ bei allen zu Intoleranz, Radikalisierung und Gewaltanwendung.

Drei Grunderfahrungen prägen viele radikalisierte gewaltbereite Islamisten²:

- Sie haben das Gefühl nicht zur Gesellschaft zu gehören – fremd im eigenen Land zu sein. Zur Lebensrealität gehören Diskriminierungs-, Ausgrenzungs- oder auch Mobbing-Erfahrungen.
- Die Lebenswirklichkeit dieser jungen Menschen ist häufig geprägt von Perspektivlosigkeit durch Z.B. frühzeitigen Schulabbruch, Arbeitslosigkeit und ein geringes Selbstwertgefühl. Sie haben nicht viel zu verlieren und häufig bereits eine kleinkriminelle Karriere hinter sich.
- Familiäre Probleme, geschlechterbezogene Rollenkonflikte und häufig auch Gewalterfahrung begleiten sie beim Aufwachsen: Verbindliche traditionelle religiöse Werte, tradierte Zuschreibungen von Geschlechtsrollen und eine Sexualmoral, die auf Verbote und Enthaltensamkeit setzt, stehen in Kontrast zu Werten bzw. zur Realität in unserer Gesellschaft. Das macht es für die jungen Menschen besonders schwierig ihre eigene Identität als Mann oder Frau zu finden. Neben den Rollenkonflikten haben radikalisierte gewaltbereite junge Menschen nicht selten Gewalt in der Familie erlebt. Häufig ist der Schritt in die radikale Religionsausübung ein jugendtypischer Akt des sich Absetzens und der Distanzierung von der Familie – das gilt für Jungen und Mädchen gleichermaßen.

Propagandisten des gewaltbereiten Islamismus füllen schließlich dieses Vakuum und bieten den jungen Menschen scheinbar genau das, was sie in ihrem Leben auf anderem Wege nicht finden können oder wollen. Sie propagieren eine bestimmte Auslegung des Islams als einzig rechtmäßige und erschaffen damit eine Ideologie, die **Legitimations- und Identifikationsangebote** bietet, in denen die Jugendlichen in kurzer Zeit **vom Versager zum Helden** werden. Im Glauben mitsamt einem geschlossenen Freund-Feind-Weltbild, der Identifikation mit einer vermeintlichen religiösen Avantgarde und einem radikalen Gegenentwurf zum westlichen Leitbild machen sie jungen Menschen ein Angebot, das auf verstörend einfache Weise Orientierung und Klarheit gibt. Die Radikalisierung

² vgl. u.a. Frindte et al. 2016: Wege in die Gewalt. Motivationen und Karrieren salafistischer Jihadisten, in: HSK-Report Nr. 3/2016; Herding/Langner/Glaser 2015: Junge Menschen und gewaltorientierter Islamismus – Forschungsbefunde zu Hinwendungs- und Radikalisierungsfaktoren, in: Bundeszentrale für politische Bildung; Berrisoun, Mimoun 2014: Extremismusprävention im Frühstadium. Initiative 180 Grad Wende als innovativer Lösungsansatz und Modellprojekt, in: Zeitschrift für Außen und Sicherheitspolitik

und Gewaltanwendung ermöglicht ihnen die größtmögliche Abgrenzung von der Gesellschaft – verbunden mit einem extrem hohen Aufmerksamkeitsfaktor in der Öffentlichkeit.

Wer von Radikalisierung sprach, hatte lange nur junge Männer vor Augen. Die **Rolle von Mädchen und jungen Frauen** ist in der Forschung noch zu wenig untersucht und Präventionsprogramme richten sich eher an Jungen und Männer. Doch Mädchen und Frauen spielen eine wichtige Rolle im gewaltbereiten Islamismus: als Ideologinnen für die „Öffentlichkeitsarbeit“ in Moscheen, Jugendclubs, Schulen oder in sozialen Netzwerken; als Mütter, die für Nachwuchs im Dschihad sorgen; als Frauen für die Kämpfer des IS und mitunter auch in der direkten Gewaltausübung. Mädchen werden von gewaltbereiten islamistischen Gruppen zunehmend gezielt angesprochen und für die Ausreise in den Dschihad umworben. Dabei spielt gerade bei Mädchen der sog. Pop-Dschihadismus im Netz eine weit verbreitete Rolle. Junge Frauen schwärmen für IS-Kämpfer wie andere für Popstars. Manche junge Frau, gerade aus traditionell-konservativen Familien, möchte sich mit ihrer Ausreise auch selbstbestimmt und emanzipativ von ihren Eltern und deren patriarchalischer Kultur absetzen.

Doch Prävention adressiert nicht nur die individuelle Ebene, sondern muss auch gesellschaftliche Antworten geben. Dafür brauchen wir eine **klare Anti-Diskriminierungspolitik**, zu der auch gehört, unmissverständlich festzustellen, dass der Islam – und damit auch die sich zum Islam bekennenden Menschen – zu Deutschland gehört. Auch das ist Teil von Prävention. Der Wunsch nach Anerkennung, Wertschätzung und Zugehörigkeit ist nicht nur gerechtfertigt, in ihm steckt ein emanzipatives Anliegen und ein Anspruch an das Land, das Heimat ist. Gleichzeitig muss jedem in dieser Gesellschaft klar sein und klar gemacht werden, wo Grenzen überschritten und der Boden unserer Verfassung verlassen wird.

2. Grundzüge einer Präventionsstrategie gegen gewaltbereiten Islamismus und für eine Gesellschaft der Vielfalt

Präventionsarbeit setzt sich aus **verschiedenen Handlungsfeldern** zusammen und muss als Prozess verstanden werden: Prävention adressiert somit gleichermaßen die Gesellschaft als Ganze, als auch bestimmte gefährdete Zielgruppen, sich radikalisierende Einzelpersonen und Menschen die aufgrund dieser Radikalisierung bereits im Gefängnis sitzen und bei denen es darum geht, die Umkehr in Form der Deradikalisierung hinzubekommen. Sie ist eine Mischung aus Bildungs-, Integrations-, Jugend- und Familienarbeit. Jedes Ressort hat die Aufgabe, spezifische Zielgruppen an bestimmten Orten und auf bestimmte Art und Weise anzusprechen und zu erreichen. Gleichzeitig muss es zwingend ein abgestimmtes Vorgehen der einzelnen Akteure und eine koordinierende Hand geben. Die Bundesregierung setzt in ihrer Präventionspolitik zu stark auf die Sicherheitsbehörden. Selbstverständlich sind diese für die Präventionsarbeit unverzichtbar. Gleiches gilt aber auch für die zivilgesellschaftlichen Akteure – ihr Potenzial und ihre Rolle wird von der Bundesregierung unterschätzt. Prävention funktioniert nicht, wenn sie rein ordnungspolitisch auftritt und von den Sicherheitsbehörden dominiert wird.

Damit Präventionsarbeit langfristig wirken und ein Sicherheitsgewinn sein kann brauchen wir eine **konsistente Strategie**, die die Handlungsfelder und Grundsätze einer Präventions- und Deradikalisierungsarbeit festlegt. Sie muss auf Synergieeffekte angelegt sein und alle relevanten staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure zusammenbringen und vernetzen: verschiedene Ressorts der Bundesregierung, die Sicherheitsbehörden, Länder und Kommunen sowie Demokratieinitiativen, islamische Organisationen, Jugendverbände, Wissenschaft und Medien. Hierfür müssen die demokratischen und rechtsstaatlichen Grundlagen klar und transparent formuliert werden. Auf bundesweiter wie lokaler Ebene ist die Einbeziehung der muslimischen Communities in die Präventionsarbeit von größter Bedeutung. Hier müssen Staat und islamische Organisationen gemeinsam klären, was die jeweiligen Aufgaben und Rollen sind. Bislang hat der Bund die muslimischen Communities in dieser Arbeit weitgehend allein gelassen. Es wurde versäumt, Vertrauen

zu schaffen sowie den Aufbau fachlicher Kompetenz bzw. einer Professionalisierung der muslimischen Präventionsarbeit zu fördern.

Als Ansprech- und Kooperationspartnerinnen des Staates müssen Moscheegemeinden in der Lage sein, Radikalisierungstendenzen frühzeitig zu erkennen und effektive Gegenstrategien zu entwickeln und umzusetzen. Dazu müssen sie bei Themen wie Märtyrern, Dschihad, Geschlechterrollen, Autorität und Antisemitismus selbst Klarheit über ihre Position gewinnen. Gleichzeitig müssen die staatlichen Stellen das Potenzial erkennen und nutzen, das Moscheegemeinden in der Prävention von gewaltbereitem Islamismus besitzen – v.a. hinsichtlich der Rolle von Imamen als Multiplikatoren der religiösen Überzeugungen. Aber es gibt auch absolute Grenzen der Zusammenarbeit mit islamischen Verbänden und Moscheegemeinden, insbesondere dort, wo belegbare Verbindungen zum oder mangelnde Distanzierung vom gewaltbereiten Islamismus existieren oder die Grundwerte unserer Verfassung nicht gelebt werden.

Als koordinierende Einheit einer Präventionsstrategie wollen wir als grüne Bundestagsfraktion ein **bundesweites Präventionszentrum** einführen und dafür das derzeit nur als Arbeitsstelle bestehende „Nationale Zentrum für Kriminalprävention“ ausbauen. Erfahrungen und Erkenntnisse aus den Präventionsmaßnahmen der verschiedenen Ressorts müssen hier zusammenfließen und staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure gemeinsam an der (Weiter-) Entwicklung und Umsetzung von Präventions- und Deradikalisierungskonzepten arbeiten. Daneben wollen wir den Aufbau und die sinnvolle Vernetzung – möglichst eigenständiger und experimentieroffener – **lokaler Präventionsnetzwerke** fördern.

Gleichzeitig muss die Forschung über Radikalisierungsgründe und -prozesse ebenso wie die Evaluation von Präventionsmaßnahmen im Rahmen einer Präventionsstrategie dringend ausgebaut werden.

3. Maßnahmen einer Präventionsstrategie

3.1. Präventionsarbeit auf der primären Ebene: Kulturwandel für eine freie und vielfältige Gesellschaft

Auf dieser Ebene haben die Präventionsmaßnahmen das Ziel, dass alle junge Menschen gleichberechtigt an der Gesellschaft mitwirken, in der Schule vorankommen und bei Freizeitangeboten mitmachen können. Werden Kinder und Jugendliche beim Aufwachsen in der Familie, der Schule oder im Jugendclub ernst genommen, werden sie an Entscheidungen beteiligt und merken sie, dass es zählt, was sie tun und denken, macht sie das stark und weniger verführbar für radikale Ideologien. Daneben ist es wichtig, den Heldenmythos des Dschihadismus zu entlarven. Nicht nur gewaltbereite Islamisten, auch DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.) heroisiert in einigen Verlautbarungen das Märtyrertum für den Glauben.³ Angesichts der Schrecken und der brutalen Realität des Krieges sind solche Glorifizierungen des Märtyrers zutiefst zynisch und gefährlich. In der Zusammenarbeit mit den islamischen Verbänden und Moscheegemeinden muss der Staat auf eine klare demokratische Ausrichtung der Programminhalte achten: Wir wollen demokratisch orientierte muslimische Jugendarbeit ebenso fördern wie Präventionsprojekte von demokratisch orientierten Moscheegemeinden.

³ vgl. beispielhaft eine Predigt der DITIB zur Märtyrerfrage im Islam (http://www.ditib.de/detail_predigt1.php?id=173&lang=de) sowie ein sog. Märtyrer-Comic, dessentwegen das Land NRW die Zusammenarbeit im „Wegweiser“-Projekt beendet hat (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/nordrhein-westfalen-beendet-ditib-kooperation-wegen-maertryrer-comic-a-1110941.html>).

Die Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen vieler junger Menschen mit Einwanderungsgeschichte gilt es wahrzunehmen und Barrieren, die einer gleichberechtigten Partizipation und Teilhabe an der Gesellschaft im Wege stehen, zu beseitigen. Eine Präventionsstrategie muss deshalb mit dem Diskurs über eine gemeinsame Identität junger Menschen in der Einwanderungsgesellschaft beginnen. Wenn inzwischen eine von drei Erstklässlern eine Einwanderungsgeschichte hat und viele von ihnen Muslime sind, dann verändert sich die gemeinsame Identität und Kultur eines Landes. Auch eine muslimisch geprägte Kultur und Geschichte muss eine Rolle spielen in der Kita, Schule oder im Jugendclub.

Dass Prävention nur wirksam sein kann, wenn die primäre Ebene ernst genommen und stark gemacht wird, wurde viel zu lange nicht erkannt und wird bei der Terrorismusbekämpfung noch immer unterschätzt. Primäre Prävention kämpft hauptsächlich nicht gegen, sondern für etwas: für stabile und faire Lebensbedingungen aller junger Menschen, für Begeisterung und Identifikation mit der freien, toleranten und vielfältigen Gesellschaft, für reflektierte und starke Persönlichkeiten. Maßnahmen, die ergriffen werden, um diese Ziele zu erreichen – sei es Demokratiebildung an Schulen oder das Erlernen eines reflektierten Umgangs mit Medien – funktionieren häufig gleichermaßen als Prävention vor Rechtsextremismus und gewaltbereitem Islamismus.

Präventionsarbeit in Kita, Schule und Berufsschule

Schulen sind die besten Orte, um Radikalisierung präventiv zu begegnen, denn Schule erreicht alle. Traditionelle Schularten wie die Förder- oder Hauptschule sind bereits Ergebnisse eines Auswahlprozesses. Viele SchülerInnen an diesen Schulen haben bereits die Erfahrung gemacht abgewiesen zu werden. Hier muss die Präventionsarbeit besonders unterstützt werden. Für alle Bildungseinrichtungen gilt, dass sie den Herausforderungen einer vielfältigen Gesellschaft gerecht werden und jedes Kind und jeden Jugendlichen wertschätzen müssen. Empowerment und Demokratiebildung kann nicht früh genug beginnen. Kitas und Schulen müssen Orte der Vielfalt sein, an denen Rassismus keinen Platz hat, Gleichwertigkeit und Beteiligung tragende Leitprinzipien sind.

GRÜNES ZIEL IST ES:

- Verbindliche **Demokratie- und Teilhabekonzepte** für Kindertagesstätten in den Kindertagesstättengesetzen umzusetzen, Modellprojekte wie die „Kinderstube der Demokratie“ und flächendeckende Qualifizierungsmaßnahmen für Fachkräfte zu fördern. Denn bereits in der Kita können Kinder Selbstwirksamkeitserfahrungen machen, wenn sie an Entscheidungen beteiligt werden und ihre Meinung eine Rolle spielt. Demokratische Prinzipien werden „spielend“ verinnerlicht.
- Jede Schule zu einem Ort zu machen, der die Grundlagen für das Zusammenleben in unserer pluralistischen Gesellschaft erprobt. Dazu gehört es, Vielfalt als Wert zu erfahren und anzuerkennen und den Austausch über das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft **im Schulalltag** wie auch in einzelnen Fächern wie Geschichte, Politik/Wirtschaft, Ethik/Religionsunterricht oder Gemeinschaftskunde zu fördern. Hierzu gehört die Auseinandersetzung mit Themen wie Identität, Heimat, Zugehörigkeit, Geschlechterrollen, der Gleichberechtigung von Frau und Mann, Gerechtigkeit, Rassismus, Grund- und Menschenrechte oder auch Religion. Es gehört auch zum Bildungsauftrag von Schule, allen Kindern das Wissen über die verschiedenen Religionen und Weltanschauungen zu vermitteln. Selbstorganisierte Programme zur Streit-Schlichtung und Gewaltprävention sollten gefördert werden. Gerade die Ganztagschule bietet viel Raum, den klassischen Bildungskanon zu erweitern.
- **islamischen Religionsunterricht** ergänzend in allen Bundesländern einzuführen, in denen ein bekenntnisförmiger Religionsunterricht als Pflichtfach vorgesehen und entsprechender Bedarf vorhanden ist. Durch den Religionsunterricht sollen Schüler*innen lernen, das eigene religiöse

Selbst- und Weltverständnis zu reflektieren. Er soll innerislamische Pluralität anerkennen und vermitteln und die Auseinandersetzung, den Dialog und die Kooperation mit anderen religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen anregen. Dafür müssen genügend Lehrkräfte für Islamische Religionslehre an deutschen Universitäten ausgebildet werden. Da es bislang keine rechtlich anerkannten islamischen Religionsgemeinschaft(en) gibt, sind hier kreative Übergangslösungen notwendig, um erste Schritte zu gehen und um islamischen Religionsunterricht zu ermöglichen. Das rot-grün regierte NRW hat mit der Einrichtung eines Landes-Beirats vorgemacht, wie es zunächst gehen kann. Dieser Beirat besteht zur Hälfte aus Vertreter*innen der islamischen Verbände und aus Fachleuten, die fachlich und religiös akzeptiert sind. Dieser Beirat nimmt gegenüber der Schulbehörde die Aufgaben einer Religionsgemeinschaft wahr, also die Beteiligung an der Formulierung von Lehrplänen, der Auswahl der Lehrbücher und der Erteilung der Lehrerlaubnis für die Lehrkräfte. Denn die vier großen islamischen Verbände (Ditib, Islamrat, Zentralrat der Muslime, Verband der Islamischen Kulturzentren) erfüllen aus unserer Sicht nicht die vom Grundgesetz geforderten Voraussetzungen an eine Religionsgemeinschaft hinsichtlich der Bekenntnisförmigkeit, der Klarheit über die Mitgliedschaft und der Gewährleistung der „allseitigen Religionspflege“. Zudem ist problematisch, dass Ditib strukturell der staatlichen Religionsbehörde der Türkei und damit der türkischen Regierungspolitik untersteht.

- LehrerInnen, ErzieherInnen und andere Fachkräfte dabei zu unterstützen, Unterschiedlichkeit bei Kindern und Jugendlichen als Gewinn und Wert zu sehen. Dazu müssen dies die **pädagogischen Aus-, Fort- und Weiterbildungen** aufgreifen und dahingehend sensibilisieren, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erkannt wird und Fachkräfte in der Auseinandersetzung damit gestärkt werden. Sie sollen Kinder und Jugendliche befähigen können, Verständnis für die gemeinsamen Grundwerte und kulturelle Vielfalt zu entwickeln, die Menschenwürde zu achten, jeder Form von Radikalisierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzutreten sowie religiöse Unterschiede ebenso wie Nicht-Religiosität zu respektieren.
- dass **alle am Schulleben teilnehmen**: Eine gute Schule sollte allen SchülerInnen gemeinsame Erfahrungen ermöglichen und sie in ihrer gesamten Persönlichkeit fördern. Das Unterrichtsangebot richtet sich grundsätzlich an alle, dazu gehören auch Klassenfahrten sowie Sport-, Schwimm- und Sexualkundeunterricht. Um ein gemeinsames Schulleben auch im Konfliktfall zu gewährleisten ist es wichtig, dass Schulen im engen Austausch mit Elternorganisationen, erfahrenen PraktikerInnen und MultiplikatorInnen aus den MigrantInnen-Communities und anderen Schulen sind und damit über ein solides Netzwerk im Stadtteil verfügen. Ziel ist es, die Unterrichtsteilnahme im gleichberechtigten Dialog zu ermöglichen – und dies eben nicht vor Gericht zu erzwingen. SchulsozialarbeiterInnen haben eine herausgehobene Funktion bei Konflikten und können in der Vermittlung zwischen pädagogischen und kulturellen Vorstellungen viel bewirken.
- eine **Bildungsoffensive** zu starten, die flächendeckend ein inklusives und chancengerechtes Bildungssystem schafft und unsere Schulen fit für die Zukunft macht. Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen oder kulturellen Herkunft echte Chancen erhalten. In Kita, Schule und Berufsschule soll nicht die Herkunft entscheiden, sondern alle individuell gefördert und unterschiedliche Startchancen ausgeglichen werden. Ganztägige Betreuungsangebote und Ganztagschulen schaffen das besonders gut. Sie sind das Herz eines chancengerechten und integrativen Bildungssystems, in dem ErzieherInnen, LehrerInnen und SozialarbeiterInnen im Team arbeiten. Sie haben dort die Zeit und den Blick für die verschiedenen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen.
- die **Medienkompetenz** junger Menschen im Hinblick auf Propaganda und Ideologien zu stärken. Die enorme Zunahme radikal-islamistischer Internetangebote stellt gerade junge Menschen, die auf eigene Faust nach Orientierung suchen, vor neue Herausforderungen. Sie müssen in die Lage

versetzt werden, Propaganda in Foren und sozialen Netzwerken als gezielte Manipulationsstrategie zu durchschauen und sich kritisch mit radikalen Inhalten auseinanderzusetzen. Sie müssen lernen, tendenziöse und einseitige Inhalte als solche zu erkennen und, im Extremfall, sich gezielten persönlichen Anwerbungsversuchen zu entziehen. LehrerInnen, Eltern oder andere Betreuungspersonen kennen häufig die Internetwelten, innerhalb derer der Dschihad glorifiziert, sich miteinander verabredet und bisweilen gezielt zu Gewalt aufgerufen wird gar nicht oder zumindest nicht aus eigener Anschauung. Die Aufklärung von Eltern und Multiplikatoren muss daher verbessert werden.

- **politische Bildung** über die Bundes- und Landeszentrale für politische Bildung sichtbarer zu machen und Angebote interkulturell zu öffnen. Hierfür muss die Kooperation mit Schulen und Jugendhilfeträgern ausgebaut werden. Die Zentralen für politische Bildung spielen bereits heute eine wichtige Rolle bei der Förderung von **Medien- und Informationskompetenz**. Dieses Profil gilt es im Dialog und in Kooperation mit den Medien selbst zu stärken und auszubauen. Politische Bildung erfolgt auch über die Medien. Insbesondere Öffentlich-Rechtliche, haben die Aufgabe, Plattformen gesellschaftlicher Debatte und Verständigung zu sein. Sie müssen immer wieder selbstkritisch überprüfen, ob und inwiefern sie ihre Rolle als Katalysatoren gesellschaftlicher Debatten erfüllen. Jugendliche müssen die Chance bekommen, im Internet und in Sozialen Medien Informationen und Antworten auf Fragen zu ihrer Religion zu finden, ohne dabei bei den ersten Suchergebnissen auf den Webseiten von Islamisten zu landen. Auch hierfür ist z.B. die Unterstützung der Bundes- und Landeszentrale für politische Bildung sowie die Unterstützung von Internetangeboten wie z.B. ufuq.de oder der „Datteltäter“ notwendig.

Präventionsarbeit in der Familie und im Sozialraum

Ursache für Radikalisierung sind häufig soziale bzw. familiäre Probleme. Autoritäre Familienformen, in denen Kinder und Jugendliche Gewalt erfahren, nicht selten verbunden mit geschlechtsbezogenen Rollenkonflikten, aufwachsend in sozial schwierigen Milieus. Hier ist die Kinder- und Jugendhilfe gefragt, die auf langjährige und gute Erfahrungen in der Arbeit mit Familien und Jugendlichen aufbauend, sich mit neuen Konzepten auf neue Problemlagen und Zielgruppen einstellen und ihre Angebote weiterentwickeln muss.

GRÜNES ZIEL IST ES:

- **Strategien gegen häusliche Gewalt** an Frauen und Kindern auszuweiten. Hierfür ist die Arbeit mit Müttern zentral: die Frühen Hilfen und Hilfen zur Erziehung müssen interkulturell und interreligiös kompetente Familien- und Elternarbeit leisten und Fachkräfte dementsprechend fortgebildet werden. Projekte wie die Neuköllner Stadtteilmütter und Stadtteilmütter oder die Familienhebammen wollen wir stärken. Eltern sollen beraten und darin bestärkt werden, gewaltfreie und gendergerechte Erziehungskonzepte umzusetzen. Das Empowerment von Mädchen im familiären Kontext und Elternarbeit, die sich mit patriarchalen und religiös begründeten Traditionen auseinandersetzen sind zentral, um einem Clash der Geschlechtsrollenkonzepte von Jungen und Mädchen vorzubeugen.
- Interkulturell und interreligiös kompetente sozialraumorientierte **Jugendarbeit** zu stärken. Vorbilder wären z. B. die sozialraumbezogenen Projekte „Maxime“ des „Violence Prevention Network“ oder das Düsseldorfer Bildungsprojekt „Ibrahim trifft Abraham“. Eigene jungen- und mädchenorientierte Formate müssen selbstverständlicher Teil der Jugendarbeit sein. Mit kreativen Präventionsprojekten können Selbstwirksamkeitserfahrungen gesammelt, politische Bildung vermittelt und die Auseinandersetzung mit Religion und Kultur in der Einwanderungsgesellschaft angeregt werden. Dafür braucht es breite Fortbildungs- und Sensibilisierungsangebote für Fachkräfte in der Jugendhilfe.

- Initiativen in Richtung einer **demokratischen muslimischen Jugendarbeit** wollen wir unterstützen. Präventionsarbeit innerhalb der muslimischen Communities muss u. a. auch auf einer zeitgemäßen und professionellen Jugendsozialarbeit – analog zur evangelischen oder katholischen Jugendarbeit – sowie einer gemeindepädagogischen Arbeit aufbauen.

3.2. Präventionsarbeit auf der sekundären Ebene: Familienberatung, Einzelfall- und Zielgruppenprävention in der Schule und Jugendarbeit

Auf der sekundären Ebene rücken gezielt gefährdete Zielgruppen und junge Menschen im Anfangsstadium der Radikalisierung in den Fokus der Prävention. Auch die Arbeit mit Familien, Freunden oder Lehrerinnen von sich radikalisierenden Jugendlichen ist Teil der sekundären Prävention.

GRÜNES ZIEL IST ES:

- das Wissen von LehrerInnen, ErzieherInnen und SchulsozialarbeiterInnen über islamische Religion und Kultur durch geeignete Fortbildungsangebote zu erhöhen. Sie müssen **Grundzüge des Islams** und muslimischer Kultur kennen, um ihre SchülerInnen zu verstehen, Konflikte bearbeiten zu können und um Anzeichen einer möglichen Radikalisierung frühzeitig erkennen sowie angemessen darauf reagieren zu können. Angebote der Schulsozialarbeit müssen sich spezifisch an von potenzieller Radikalisierung bedrohte Jugendliche richten und ggf. Familienberatung vermitteln.
- die **Beratungsarbeit** zu **stärken**. Grundsätzlich gilt: In der Beratungsarbeit sollten sich die Sicherheitsbehörden besser zurückhalten. Denn eine Beratung z. B. durch den Verfassungsschutz ist letztlich für Ratsuchende niemals wirklich transparent. Und gleichzeitig führt das immanente Geheimhaltungsbedürfnis der Sicherheitsbehörden auch zu Kommunikationsbrüchen mit zivilgesellschaftlichen Projekten. Sinnvoll ist es aber, sich Rat zu holen bei der „**Beratungsstelle Radikalisierung**“ des „Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge“. Denn hier ist man bestens mit zivilgesellschaftlichen Beratungsstellen vernetzt und diese wissen um die Möglichkeiten vor Ort. Hier kommt der **Familienberatung** eine große Bedeutung zu. In der Familie werden Radikalisierungsanzeichen meist als Erstes bemerkt, deshalb ist es besonders wichtig die Familie und das soziale Umfeld als Gegenpol zur radikalisierenden Dynamik zu unterstützen. Hierbei hat es sich als hilfreich erweisen, wenn sich z. B. die Beratungsstelle, die (Berufs)Schulen (oder ggf. Arbeitgeber), die Jugendhilfe, Arbeitsagentur – aber auch die Polizei und ggf. auch religiösen Autoritäten fallbezogen miteinander vernetzen. Bei einer solchen Kooperation ist folgendes essentiell: Es braucht nicht nur klare und transparente Abläufe und Zuständigkeiten. Auch muss gerade bei einer solchen einzelfallbezogenen Zusammenarbeit der **Datenschutz** strikt eingehalten werden.
- sich radikalisierende junge Menschen mit **aufsuchender Jugendarbeit** zu erreichen. In der Arbeit mit Jugendlichen, die sich bereits im Anfangsstadium einer Radikalisierung befinden, lässt sich viel aus den Erfahrungen der Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen lernen. So hat sich beispielsweise gezeigt, wie enorm wichtig es ist, Radikalisierte aus ihrer Peergroup herauszuholen und andere Gruppenerfahrungen zu ermöglichen. Jugendliche haben so die Chance, sich an glaubwürdigen anderen Positionen abzuarbeiten und zu orientieren.
- auch diejenigen im Blick zu haben, die neu in Deutschland sind. Gerade **unbegleitete minderjährige Geflüchtete** sind auf Grund ihrer besonderen Situation gefährdet, während ihrer Flucht oder in Deutschland gezielt angesprochen und radikalisiert zu werden. Die jungen Männer, die im Sommer 2016 in Würzburg und Ansbach andere Menschen attackierten, sind Beispiele hierfür und zeigen wie ungeheuer wichtig eine **starke Jugendhilfe und umfassende psychosoziale Versorgung** sind. Wir unterstützen deshalb die Entwicklung von Qualitätsstandards in der

Versorgung und Förderung von jungen Flüchtlingen durch die Jugendhilfe und die Öffnung und Sensibilisierung der Jugendarbeit für neue Angebote zur Integration. Dies und anderes erfordert ausreichende Ressourcen und entsprechende Förderung im Kinder- und Jugendplan des Bundes. Spezialisierte psycho-soziale Zentren und vergleichbare Angebote für Flüchtlinge müssen ausgebaut und verlässlich finanziert werden. Wir stellen uns klar gegen Versuche, die **Standards** für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der **Jugendhilfe** herunterzusetzen. Leistungen, die nach Herkunft unterscheiden, sind diskriminierend und widersprechen der UN-Kinderrechtskonvention. Derartige Vorschläge lehnt die grüne Bundestagsfraktion entschieden ab. Kritisch sehen wir auch Überlegungen zur Regionalisierung der Leistungsgewährung im Kinder- und Jugendhilfebereich. Dies kann dazu führen, dass die Unterstützung von jungen Flüchtlingen – aber auch von allen anderen Kindern und Jugendlichen – von Bundesland zu Bundesland enorm variiert. Es besteht dann die Gefahr, dass nicht nach Bedarf sondern nach Kassenlage entschieden wird, welche Hilfen gewährt oder abgelehnt werden.

3.3. Präventionsarbeit auf der tertiären Ebene: Ausstiegsarbeit und Gefängnisseelsorge

Auf der dritten Präventionsebene wird unterschieden zwischen *Deradikalisierung* im Sinne einer bewussten Abwendung und Ablehnung von extremistischen Werten und Gewalttaten, und der *Distanzierung* im Sinne einer Abwendung von Gewaltausübung, ohne sich jedoch kritisch mit der radikalen Ideologie auseinanderzusetzen. Zur Deradikalisierungsarbeit gehören systemische Beratungsansätze wie die oben beschriebene Familienarbeit und -beratung, die aufsuchende Jugendarbeit oder auch religiöse Angebote. Auf dieser Ebene der Interventions- und Deradikalisierungsarbeit bedarf es mitunter auch der Kooperation mit scene-nahen Geistlichen und damit der Einbeziehung von gewalt-ablehnenden Islamist*innen, um Gewaltausübung zu verhindern.

Von besonderer Bedeutung ist die Deradikalisierungsarbeit in Gefängnissen. Diese Arbeit steht vor vielen Herausforderungen. So gibt es Rückkehrer aus Krisengebieten, die als Dschihadistinnen aktiv waren und in einem Teil der Fälle weiterhin von ihrer Ideologie überzeugt sind. Und es gibt muslimische Strafgefangene, die erst im Gefängnis radikalisiert werden. Hier kommen junge Menschen noch allzu oft radikaler raus, als sie rein gegangen sind. Die Gefängnissituation ist häufig durch Sinnsuche geprägt. Islamische „Laienprediger“ sind hier keine Lösung. Benötigt wird Zweierlei: Gut ausgestattete und von den Sicherheitsbehörden unabhängige zivilgesellschaftliche Beratungsangebote und eine gut funktionierende Gefängnisseelsorge. Es gibt derzeit aber in Deutschland nicht nur zu wenig muslimische Gefängnisseelsorger. Ihre Ausbildung, Qualifizierung und die Regeln ihrer Zulassung sind zudem von Land zu Land – mitunter sogar von JVA zu JVA – völlig unterschiedlich. Das ist unverantwortlich. Wer diese Arbeit ernst nimmt, muss sich im Rahmen der Präventionsstrategie für bundesweit verbindliche Standards einsetzen. Hierzu gehört auch die Überprüfung der Anstaltsseelsorger auf Nähe zu islamistischem Gedankengut sowie zu entsprechenden Organisationen und Personen und Rollenklarheit für die Gefängnisseelsorger: deren Arbeit kann mittelbar präventiv und auch deradikalisierend wirken.

GRÜNES ZIEL IST ES:

- den **Ausstieg aus radikalisierten, gewaltbereiten Szenen** durch geeignete Angebote zu fördern. Dabei sollten zivilgesellschaftliche Akteure grundsätzlich die erste Adresse sein. In der Einzelfallbetreuung kann es aber auch gut und richtig sein, eng mit staatlichen Behörden zusammen zu arbeiten, z. B. wenn es darum geht, jemanden die Flucht aus syrischen IS-Camps zu ermöglichen. Wichtig aber auch hier: Zivilgesellschaftliche Akteure müssen – um effektiv arbeiten zu können – als frei und unabhängig und eben nicht als verlängerter Arm des Staates erlebt werden.

- die **islamische Gefängnisseelsorge** auszubauen. Dazu müssen Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Moscheegemeinden kompetente Ansprechpartner (Imame, Seelsorger etc.) für die Gefängnisse zur Verfügung stellen können. Gemeinsam mit den Ländern müssen klare und bundesweit verbindliche Standards für die Qualifizierung, Zulassung und Qualitätssicherung muslimischer Gefängnisseelsorge eingeführt werden. Der freiwillige Einsatz von islamischen Geistlichen in der Deradikalisierungsarbeit muss grundsätzlich möglich sein. Aber: Gefängnisseelsorger sind erst einmal keine Akteure staatlicher Deradikalisierungsarbeit. Dies ist weder ihre Aufgabe, noch sind sie in aller Regel entsprechend qualifiziert. Wichtig ist, dass alle Akteure die Handlungsfelder des jeweils anderen respektieren und diese nicht unterlaufen. Auch müssen einheitliche Grundsätze aufgestellt werden, unter welchen Voraussetzung und in welchen Rahmen in der Deradikalisierungsarbeit auch mit scene-nahen Geistlichen (z.B. gewalt-ablehnenden Islamisten) zusammengearbeitet werden darf, insbesondere Gewaltlosigkeit sowie Transparenz des eigenen Handelns.